

Kreistag

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

der 4. Sitzung des Kreistages
am Montag, 20.09.2021, 15:00 Uhr bis 19:43 Uhr
im

Anwesenheiten

Vorsitz:

Hesse, Rainer

Anwesend:

Belz, Bastian
Bender, Frank
Best, Sina bis 18:50 Uhr
Brede, Björn
Bremmer, Horst-Werner bis 17:30 Uhr
Büchenschütz, Dieter bis 18:00 Uhr
Budde, Markus
Deutschendorf, Sandra
Dippel, Hakola
Fournillier, Magdalena
Frömmrich, Jürgen
Gier, Klaus
Ginder, Stefan
Göbel, Jannick
Golde, Dirk Wilhelm
Gutheil, Ralf
Hartmann, Timo
Hauser, Kira bis 17:35 Uhr
Henkel, Petra
Horsel, Heinfried
Huntzinger, Thorsten
Jesinghausen, Elke
Kalhöfer-Köchling, Karl-Heinz
Dr.Kappelhoff, Katharina
Keim, Christel
Köhler, Alexander
Dr.Koswig, Peter
Krüger, Karin
May, Daniel
Moering, Sabine bis 18:00 Uhr
Moldenhauer, Ute
Nordmeier, Markus
Papst-Dippel, Claudia
Patzner, Siegfried
Patzner, Uwe
Peter-Möller, Sieglinde
Pohlmann, Jan-Wilhelm

Preysing, Regina
Ravensburg, Claudia
Rube, Jochen Helmut
Ruhwedel, Iris
Dr.Salzman, Andreas
Dr.Schaaf, Harald
Schaake, Andreas
Schaake, Dieter
Schanner, Jürgen
Schaub, Bernd
Schmirler, Heidemarie
Schmitt, Ralf
Schultze-Ueberhorst, Elmar
Schumacher, Kai
Schütz, Dieter
Schwarz, Armin
Dr.Sommer, Daniela
Steuber, Uwe
Tils, Katharina
Tönepöhl, Ulrike
Vollbracht, Jürgen
Dr.von Nathusius, Ulrich
Walmanns, Katrin
Wäscher, Marc
Wetekam, Stephanie
Wiegand, Arno
Wilke, Friedrich
Wilke, Karl-Heinz
Wilke, Leonie
Zarges, Elke
Dr.Kubat, Reinhard
Frese, Karl-Friedrich
Behle, Hannelore
Clemens, Daniel
Dietzel, Christoph
Hoffmann, Udo
Müller, Christine
Pfuhl, Friedhelm
Schäfer, Friedrich
Dr.Sommer, Hendrik
Weiß, Rüdiger
Dreier, Peter

bis 18:30 Uhr

ab 16:35 Uhr

Entschuldigt fehlten:

Fallenbüchel, Martin (CDU)
Piro-Klein, Ruth (SPD)
Vesper-Münnich, Christina (SPD)
Plünnecke, Harald

Von der Verwaltung waren anwesend:

Gäste:

Tagesordnung

öffentliche Sitzung

1. Fragestunde nach § 18 der Geschäftsordnung (MI-42/2021)
2. Aktuelle Stunde (MI-43/2021)
3. Wahl zur XVII. Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen – Wahlzeit 2021 - 2026 (MI-45/2021)
4. I. Nachtragshaushaltssatzung und I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 sowie Fortschreibung der Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum 2020 – 2024 (Vorlage und Begründung) (KT-64/2021)
5. Klimaschutz
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Änderungsantrag der AfD-Fraktion
Große Anfrage der AfD-Fraktion
Beschlussvorschlag des Kreisausschusses betr. Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Waldeck-Frankenberg sowie Beitritt zum Bündnis „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“ (KT-67/2021)
6. Klimacheck beim Verwaltungshandeln des Landkreises Waldeck-Frankenberg
•Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (KT-62/2021)
7. Einführung einer Pflegefinder-App nach dem Vorbild des Rhein-Kreis Neuss
•Antrag der AfD-Fraktion (KT-70/2021)
8. Neuorganisation der Wirtschaftsförderung in Waldeck-Frankenberg
• Antrag der FDP-Fraktion (KT-71/2021)
9. Digitalpakt beschleunigen – Schulen einbeziehen
• Antrag der FDP-Fraktion (KT-72/2021)
10. Jahresberichte der Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher der Krankenhäuser im Landkreis Waldeck-Frankenberg für das Jahr 2020 (KT-63/2021)
11. Übernahme einer Bürgschaft durch die Waldeckische Domonialverwaltung betr. Mitgliedschaft der Kommunalwald Waldeck-Frankenberg GmbH bei der KVK ZusatzVersorgungKasse (KT-61/2021)
12. Neufassung der Richtlinie zur Förderung der Radverkehrsinfrastruktur im Landkreis Waldeck-Frankenberg (KT-73/2021)
13. Bericht über den Haushaltsvollzug 2021 für das II. Quartal auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung nach § 28 GemHVO (KT-65/2021)
14. Unterrichtung über die Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen im Teilfinanzhaushalt 081 Förderung des Sports im Haushaltsjahr 2021 (KT-66/2021)
15. Verschiedenes

Sitzungsverlauf

Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) eröffnet um 15:00 Uhr die 4. Sitzung des Kreistages. Besonders begrüßt er den Abg. Golde (CDU), der für Frau Brunswieck nachgerückt ist, sowie den Bürgermeister der Stadt Diemelstadt, Herrn Elmar Schröder.

Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) informiert über die nächsten Sitzungsorte: am 04.11. in Mengerlinghausen und am 13.12. in Korbach. Nachträglich gratuliert er den Abgeordneten und Kreisbeigeordneten, die nach der letzten Sitzung Geburtstag hatten: Frau Wetekam (FDP), Herr Kalhöfer-Köchling (SPD), Herr Hartmann (CDU), Herr Pohlmann (CDU), Herr Bremmer (FW), Herr Gier (FW), Herr Rube (FDP), Herr Gutheil (SPD), Frau Moering, Herr Brede (SPD), Frau Keim (SPD), Herr Ginder (AfD), Frau Krüger (GRÜNE), Frau Zarges (CDU), Frau Fournillier (GRÜNE), Herr Köhler (SPD), Frau Preysing, Herr Hoffmann, Herr Göbel (CDU) und Frau Piro-Klein (SPD).

Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) stellt die Ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zum Schriftführer wird Herr Dreier bestimmt.

Bürgermeister Schröder spricht zum Kreistag.

Einstimmig bei 1 Enthaltung beschließt der Kreistag die Empfehlung des Ältestenrates zu den Redezeitbegrenzungen und Verfahren:

- TOP 5 und 12: Aussprache 5 Minuten/Fraktion
- TOP 6 und 8: Begründung 5 Minuten, ohne Aussprache, Überweisung an den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Mobilität und Bauen, TOP 8 auch an den Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Natur, Klima, Energie und Regionalentwicklung
- TOP 7 und 9: Begründung und Aussprache 5 Minuten/Fraktion
- TOP 3, 4, 10, 11, 13 und 14: ohne Aussprache.

Landrat Dr. Kubat berichtet über die Schließung des Impfzentrums zum Ende des Monats September.

öffentliche Sitzung

1. Fragestunde nach § 18 der Geschäftsordnung

MI-42/2021

Die Dezernenten beantworten jeweils die vorliegenden Fragen einschließlich der Zusatzfragen.

1. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage und Zusatzfragen der Abg. Hauser (FW) betr. Sachstand Neubau Hans-Viessmann-Schule in Bad Wildungen am Schlachthofstandort.
2. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage und Zusatzfrage des Abg. D. Schaake (SPD) betr. Wiederinbetriebnahme der Ense-Sporthalle Bad Wildungen nach der Sanierung.
3. Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage und Zusatzfrage des Abg. D. Schaake (SPD) sowie die weitere Zusatzfrage des Abg. May (GRÜNE) zur Rebhuhnpopulation.
4. Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage und Zusatzfrage des Abg. Dr. von Nathusius (GRÜNE) nach Maßnahmen des Schulträgers betr. Folgen des Distanzunterrichts für Schülerinnen und Schüler.
5. Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage und Zusatzfrage des Abg. Wiegand betr. Jugend und Corona.
6. Die Frage des Abg. Kalhöfer-Köchling (SPD) betr. Schlachthof Mengerlinghausen wird unter TOP 2 aufgerufen.
7. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage des Abg. Schaub (CDU) betr. Gesundheitszentren.
8. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage und Zusatzfragen des Abg. Steuber (FW) betr. Impfangebote.
9. Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage und Zusatzfragen des Abg. Rube (FDP) zur DELTA Waldeck-Frankenberg GmbH.

10. Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage des Abg. Ginder (AfD) zur Zahl der Remonstrationen.
11. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage des Abg. Dr. Salzmann (AfD) zum Corona-Testverfahren.
12. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage der Abg. Keim (SPD) zur THM.

2. Aktuelle Stunde

MI-43/2021

Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) ruft den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Schlachtstätte erhalten - Regionalität sicherstellen – lange Tiertransporte vermeiden“ auf. Die Aussprache wird vom Abg. Frömmrich (GRÜNE) eröffnet. Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage des Abg. Kalhöfer-Köchling (SPD) zur weiteren Entwicklung des Schlachthofs in Mengerlinghausen. An der Aussprache beteiligen sich weiter die Abg. Schwarz (CDU), Steuber (FW), Kalhöfer-Köchling (SPD), Wetekam (FDP), May (GRÜNE), Dippel (AfD) und D. Schaake (SPD) sowie Erster Kreisbeigeordneter Frese. Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) stellt zum Antrag zur Sache des Abg. May (GRÜNE) fest, dass dieser nach § 19 Abs. 9 der Geschäftsordnung nicht zulässig ist, der Kreistag nach § 43 der Geschäftsordnung eine abweichende Verfahrensweise beschließen kann.

Mehrheitlich bei Gegenstimmen der AfD beschließt der Kreistag die Abweichung von der Verfahrensweise der Geschäftsordnung und den Antrag der GRÜNEN zur Sache zuzulassen.

Beschluss (einstimmig bei Enthaltung der AfD):

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Landwirt*innen, Verarbeitenden Betrieben, Verbänden die Gründung einer Trägergesellschaft zur Überführung und Sicherung der Schlachtstätte in Mengerlinghausen zu prüfen und ggf. einzuleiten.“

Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) stellt fest, dass der Antrag der GRÜNEN auf Durchführung einer Aktuellen Stunde mit erfolgter Aussprache als erledigt anzusehen ist.

3. Wahl zur XVII. Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen – Wahlzeit 2021 - 2026

MI-45/2021

Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) verweist auf die allen Abgeordneten vorliegenden Wahlvorschläge und die Erläuterung des Wahlverfahrens in der Vorlage 45/2021.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Nach Durchführung der Wahlhandlung gibt der Kreistagsvorsitzende das Ergebnis bekannt:

Zahl der abgegebenen Stimmen: 68

Zahl der gültigen Stimmen: 68

Von den gültigen Stimmen entfallen auf den Wahlvorschlag der

CDU 20

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10

SPD 16

FDP 10

DIE LINKE 2

Freie Wähler 10

Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) teilt abschließend mit, das Ergebnis an den zuständigen Wahlleiter in Kassel weiterzuleiten.

4. I. Nachtragshaushaltssatzung und I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 sowie Fortschreibung der Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum 2020 – 2024 (Vorlage und Begründung)

KT-64/2021

Landrat Dr. Kubat begründet den Entwurf der I. Nachtragshaushaltssatzung und des I. Nachtragshaushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2021 sowie die Fortschreibung der Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum 2020 – 2024.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Einstimmig wird der Planentwurf an sämtliche Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen.

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

5. **Klimaschutz** **KT-67/2021**
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Änderungsantrag der AfD-Fraktion
Große Anfrage der AfD-Fraktion
Beschlussvorschlag des Kreisausschusses betr. Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Waldeck-Frankenberg sowie Beitritt zum Bündnis „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“

Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) verweist auf die Erläuterungen in der Vorlage 67/2021. Er stellt fest, dass die AfD-Fraktion ihren Änderungsantrag zurückgezogen hat. Die Berichte aus den Ausschüssen tragen jeweils die Vorsitzenden vor.

Der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Natur, Klima, Energie und Regionalentwicklung hat den Beschlussempfehlungen unter Ziff. I.1, 2 und 5 jeweils mehrheitlich und Ziff. I.3, 4 und 6 bis 11 jeweils einstimmig zugestimmt. Die Beschlussempfehlung unter Ziff. III. ist mehrheitlich mit der Änderung „Der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg beschließt,“ angenommen worden.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Mobilität und Bauen hat jeweils en bloc über die Beschlussempfehlungen zu I.3, 4, 5, 7 und 11 sowie I.1, 2, 6, 8, 9 und 10 abgestimmt und sie mehrheitlich angenommen. Dem Beschlussvorschlag zu III. in der geänderten Fassung ist einstimmig bei 3 Enthaltungen zugestimmt worden.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Dr. Koswig (GRÜNE), Dr. Schaaf (SPD), Dippel (AfD), Horsel (FW), der einen Änderungsantrag seiner Fraktion einbringt, Hartmann (CDU), Wetekam (FDP) und May (GRÜNE) sowie Landrat Dr. Kubat.

Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) lässt entsprechend des im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Mobilität und Bauen praktizierten Verfahrens abstimmen.

1. Zu I:

„Zu Punkt 3

Den Bediensteten der Kreisverwaltung wird vom FD Personal eine entsprechende Schulung angeboten, so der Kreistag die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stellt.

Zu Punkt 4

Die Verwaltung wird prüfen, wie der Energieverbrauch sinnvoll – ggf. auf der Website des Landkreises - visualisiert werden kann, ebenso wie Anreize zu nachhaltigem Verhalten geschaffen werden können. Das Bildungsprogramm für die Grundschulen wird begrüßt.

Zu Punkt 5

Auf die Neuaufstellung des NVP noch in diesem Jahr unter Beteiligung der Kreistagsfraktionen wird verwiesen.

Zu Punkt 7

Die Verwaltung wird bei potentiell geeigneten Carsharing-Anbietern hinsichtlich einer Ausweitung auf das Kreisgebiet nachfragen.

Zu Punkt 11

Die landwirtschaftliche Tierhaltung im Landkreis erfolgt nach den derzeit geltenden rechtlichen Grundlagen. Hinsichtlich einer bundesgesetzlichen Neuregelung wird auf die Antwort des

Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vom 20.10.2017 verwiesen.“

2. Zu I:

„Zu Punkten 1 und 2

Die gegenwärtige Praxis wird begrüßt und fortgeführt.

Zu Punkt 6

Die laufenden Verhandlungen bleiben abzuwarten.

Zu Punkt 8

Die Ladeinfrastruktur – möglichst in Kombination mit PV-Anlagen – soll kontinuierlich ausgebaut werden.

Zu Punkt 9

Auf das in Aufstellung befindliche kreisweite Radverkehrskonzept wird verwiesen.

Zu Punkt 10

Die bisherige Unterstützung wird weiterhin gewährt und durch Neueinstellung einer Radverkehrsmanagerin zum 01.08.2021 erweitert.“

3. Zu III:

„Der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg beschließt, ein Klimaschutzkonzept im Sinne der Kommunalrichtlinie zu erstellen sowie dem Bündnis „Hessen aktiv: Die Klimakommunen“ beizutreten.“

4. Änderungsantrag FW:

„Der Kreisausschuss stellt dem Kreistag jährlich vor der Sommerpause die von ihm initiierten bzw. durchgeführten Klimaschutzmaßnahmen vor.“

1. Mehrheitlich bei Gegenstimmen AfD

2. Mehrheitlich bei Gegenstimmen GRÜNE und AfD

3. Mehrheitlich bei Gegenstimmen AfD und 2 Enthaltungen

4. Mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen der AfD und 2 Enthaltungen

6. Klimacheck beim Verwaltungshandeln des Landkreises Waldeck-Frankenberg

KT-62/2021

•Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Dr. Koswig (GRÜNE) begründet den Antrag seiner Fraktion.
Eine Aussprache findet nicht statt.

„Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Klimacheck beim Verwaltungshandeln des Landkreises Waldeck-Frankenberg wird an die Ausschüsse für Landwirtschaft, Forsten, Natur, Klima, Energie und Regionalentwicklung sowie Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Mobilität und Bauen überwiesen.“

Einstimmig, 1 Enthaltung(en)

7. Einführung einer Pflegefinder-App nach dem Vorbild des Rhein-Kreis Neuss KT-70/2021

•Antrag der AfD-Fraktion

Abg. Papst-Dippel (AfD) begründet den Antrag ihrer Fraktion.
An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Dr. Sommer (SPD), Ravensburg (CDU), Rube (FDP), Fournillier (GRÜNE) und Steuber (FW).
Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) lässt über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei lediglich Zustimmung der AfD und 3 Enthaltungen abgelehnt

- 8. Neuorganisation der Wirtschaftsförderung in Waldeck-Frankenberg** **KT-71/2021**
• **Antrag der FDP-Fraktion**

Abg. Belz (FDP) begründet den Antrag seiner Fraktion.
Eine Aussprache findet nicht statt.

„Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Neuorganisation der Wirtschaftsförderung in Waldeck-Frankenberg wird an den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Mobilität und Bauen überwiesen.“

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

- 9. Digitalpakt beschleunigen – Schulen einbeziehen** **KT-72/2021**
• **Antrag der FDP-Fraktion**

Abg. Rube (FDP) begründet den Antrag seiner Fraktion, Abg. Preysing ihren Änderungsantrag. An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Schumacher (FW), Ravensburg (CDU), die die Überweisung der Initiativen an den Fachausschuss beantragt, Dr. von Nathusius (GRÜNE), Dr. Sommer (SPD) und Dr. Salzmann (AfD).

„Der Antrag der FDP-Fraktion betr. Digitalpakt beschleunigen – Schulen einbeziehen und der Änderungsantrag der Abg. Preysing werden an den Ausschuss für Schule, Bildung, Sport, Digitalisierung und Schulbauten überwiesen.“

Mehrheitlich bei Gegenstimmen der FDP

- 10. Jahresberichte der Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher der Krankenhäuser im Landkreis Waldeck-Frankenberg für das Jahr 2020** **KT-63/2021**

Über die Beratung im Ausschuss für Gesundheit, Familie, Jugend und Soziales berichtet Ausschussvorsitzende Wilke (GRÜNE); der Ausschuss hat die Berichte gemeinsam mit den Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprechern beraten und zur Kenntnis genommen und empfiehlt dem Kreistag, ebenso zu verfahren.
Eine Aussprache findet nicht statt.

„Die Jahresberichte der einzelnen Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher für das Jahr 2020 werden zur Kenntnis genommen.“

Zur Kenntnis genommen

- 11. Übernahme einer Bürgschaft durch die Waldeckische Domonialverwaltung betr. Mitgliedschaft der Kommunalwald Waldeck-Frankenberg GmbH bei der KVK ZusatzVersorgungskasse** **KT-61/2021**

Das Ergebnis der Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Mobilität und Bauen trägt Ausschussvorsitzender Pohlmann (CDU) vor. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig mit 9 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen die Annahme des Beschlussvorschlages des Kreisausschusses.
Eine Aussprache findet nicht statt.

„Um eine Mitgliedschaft für die Mitarbeiter/innen der Kommunalwald GmbH bei der KVK Zusatzversorgungskasse ermöglichen zu können, übernimmt die Waldeckische Domonialverwaltung

zum Zwecke der Absicherung von Ansprüchen der KVK gegenüber der GmbH eine Bürgschaft ohne zeitliche Beschränkung.“

Einstimmig bei Enthaltung der GRÜNEN

12. Neufassung der Richtlinie zur Förderung der Radverkehrsinfrastruktur im Landkreis Waldeck-Frankenberg KT-73/2021

Über die Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Mobilität und Bauen berichtet Ausschussvorsitzender Pohlmann (CDU). Der Ausschuss empfiehlt einstimmig mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung vorlagegemäß zu beschließen.

Abg. Ginder (AfD) begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Ravensburg (CDU), Wilke (FW), Budde (SPD) und Dr. Koswig (GRÜNE) sowie Erster Kreisbeigeordneter Frese.

Mehrheitlich bei lediglich Zustimmung der AfD wird der Änderungsantrag abgelehnt.

- „1. Die im Anhang befindliche Richtlinie wird beschlossen; die Richtlinie vom 28.04.2008 verliert damit ihre Gültigkeit.
2. Die Förderung der kreisweiten Radwegeinfrastruktur wird wie folgt beschlossen:

Investive Maßnahmen

Die Antragsstellung wird mit einer Verwaltungsvereinbarung, Planungen und Baurechtschaffung von Neuanlagen einhergehen. Hier greifen auch weitere Fördermittel (Land und Bund).

Es erfolgt eine finanzielle Beteiligung des Landkreises bei gleichzeitiger Förderung zur Erstellung und/oder Ertüchtigung von ausgewiesenen Radwegen wie z.B. straßenbegleitende Radwege, Radfahr- und Schutzstreifen auf innerörtlichen Straßen, Fahrradstraßen, straßenunabhängige Radwege und Querungshilfen) (Anteilsförderung der ungedeckten Kosten) mit einer Deckelung des Haushaltsansatzes auf 1.500.000,- Euro, je nach Verfügbarkeit im Kreishaushalt.

Grunderwerb & Baurechtschaffung:	Angelegenheit des jeweiligen Straßenbaulastträgers (Radweg bleibt im Eigentum des jeweiligen Straßenbaulastträgers; ist in einer Verwaltungsvereinbarung festzulegen)
Planungsleistung (LP 2 – LP 8):	anteilige Kostenbeteiligung (40 % der ungedeckten Planungskosten, max. jedoch 10.000,- Euro) / je Maßnahme
Baukosten:	anteilige Kostenbeteiligung (40 % der ungedeckten Baukosten max. jedoch 300.000,- Euro) / je Maßnahme

Qualitätssicherungsmaßnahmen

Um den Qualitätsstandard der Radwege (größere Unterhaltungsmaßnahmen, Abstellanlagen, Fahrradboxen und Beschilderung) zu erhalten wird eine jährliche Summe in Höhe von bis zu 700.000,- Euro max. jedoch 30.000,- Euro pro Kommune und Jahr, im Ergebnishaushalt bereitgestellt werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Um den Kommunen die Öffentlichkeitsarbeit (kreisweites Radwegeforum, STADTRADELN (Schulradeln), Wegedetektiv für den Landkreis Waldeck-Frankenberg etc.) zu erleichtern, wird eine jährliche Summe in Höhe von bis zu 50.000,- Euro max. jedoch 2.000,- Euro pro Kommune und Jahr, im Ergebnishaushalt bereitgestellt.

Die Bewilligung und Abrechnung erfolgt durch den Landkreis und wird einem einheitlichen Vorgehen unterstellt.

Des Weiteren werden durch den Landkreis folgende weiterführende Dienstleistung (Hilfestellung) gegeben:

- Unterstützung der Kommunen bei der Akquise von Fördermitteln (Bund und Land)
- Begleitung geplanter Baumaßnahmen bis zum Ende der Genehmigungsplanung (LP 4)
- Unterstützung der Kommunen bei der vertiefenden Weiterführung des kreisweiten Radwegekonzeptes für die jeweilige Kommune.“

Einstimmig bei Enthaltung der AfD

13. Bericht über den Haushaltsvollzug 2021 für das II. Quartal auf der Grundlage KT-65/2021 der Finanzbuchhaltung nach § 28 GemHVO

Ausschussvorsitzender Pohlmann (CDU) berichtet über die Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Mobilität und Bauen. Der Ausschuss hat den Bericht über den Haushaltsvollzug zum 30.06.2021 zur Kenntnis genommen und empfiehlt dem Kreistag, ebenso zu verfahren. Eine Aussprache findet nicht statt.

„Der Bericht des Kreisausschusses über den Haushaltsvollzug zum 30.06.2021 wird zur Kenntnis genommen.“

Zur Kenntnis genommen

14. Unterrichtung über die Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen KT-66/2021 im Teilfinanzhaushalt 081 Förderung des Sports im Haushaltsjahr 2021

Aus dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Mobilität und Bauen berichtet Ausschussvorsitzender Pohlmann (CDU). Der Ausschuss hat von den überplanmäßigen Auszahlungen in der Vorlage 66/2021 Kenntnis genommen und empfiehlt dem Kreistag, ebenso zu verfahren. Eine Aussprache findet nicht statt.

„Der Kreistag nimmt von der Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 19.960,00 EUR für Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen im Teilfinanzhaushalt 081 im Haushaltsjahr 2021 Kenntnis.“

Zur Kenntnis genommen

15. Verschiedenes

Abg. Belz (FDP) fragt unter Hinweis auf sein Fristversäumnis für die Fragestunde nach Überlegungen zum Verkauf der Netcom Kassel bzw. Breitband Nordhessen GmbH. Landrat Dr. Kubat stellt fest, dass es sich um einen internen Diskussionsprozess handelt.

Kreistagsvorsitzender Hesse (CDU) verweist zur Terminplanung 2022 auf die Änderung der Termine im April.

Kreistagsvorsitzender Rainer Hesse schließt die öffentliche Sitzung des Kreistages um 19:43 Uhr und bedankt sich bei den Zuschauer für Ihre Teilnahme.

Bielefeld, 21.09.2021

Kreistagsvorsitzender

Rainer Hesse

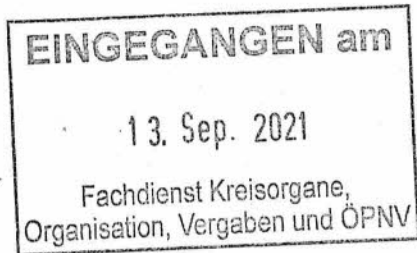
Schriftführer

Peter Dreier

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Wildunger Landstraße 1, 34497 Korbach

An die Vorsitzende des
Kreistags Waldeck-Frankenberg
Herr Hesse

Per Mail



Bündnis 90/Die Grünen

Kreistagsfraktion
Waldeck-Frankenberg

Daniel May
Fraktionsvorsitzender

Geschäftsstelle:
Wildunger Landstraße 1
34497 Korbach
Telefon: (05631) 65708
Fax: (05631) 63238

www.gruene-waldeck-frankenber.de

fraktion@gruene-waldeck-frankenber.de

13. September

Antrag betreffend eine Aktuelle Stunde (§ 19 GO)

Sehr geehrte Herr Hesse,

der Kreistag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

Schlachtstätte erhalten Regionalität sicherstellen – lange Tiertransporte vermeiden

Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen;

A handwritten signature in black ink that reads "Daniel May". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Daniel May
Fraktionsvorsitzender

Antrag nach § 9 U 60:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Der Hauptausschuss wird beauftragt
in Zusammenarbeit mit den
Landwirtschaftlichen, arbeitenden
Betrieblern, Verbänden ~~und weiteren~~
~~Aktionen~~ die Gründung einer
Trägerschaft zur Überführung
überführung und Sicherung der
Schlachtschlachttiere in Mengenplan
zu prüfen und ggf. einzuleiten.

Stimmzettel

zur Wahl der Mitglieder der XVII. Verbandsversammlung
des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen im Wahlkreis V – 2021 –

<p>Nicht mehr als einen Wahlvorschlag ankreuzen! Die Kennzeichnung mehrerer Wahlvorschläge macht den Stimmzettel ungültig!</p>			<p>Der Stimmzettel ist in dieser Spalte anzukreuzen x</p>
1	<p>Christlich Demokratische Union Deutschlands Ravensburg, Claudia Brückmann, Uwe Herbert Schmidt, Heinz Kaiser-Wirz, Birgit Amert, Rudolf</p>	CDU	<input type="radio"/>
2	<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regier, Susanne Deutschendorf, Reinhard Gumprich, Heike Breidenstein, Marcel Stafyllaraki, Maria</p>	GRÜNE	<input type="radio"/>
3	<p>Sozialdemokratische Partei Deutschlands Denn, Stefan Fissmann, Karina Fehr, Manfred Ruhwedel, Iris Kaufmann, Jürgen</p>	SPD	<input type="radio"/>
5	<p>Freie Demokratische Partei Thiele, Henry Becker, Friederike Weigand, Nils Bartholomäus, Alexander</p>	FDP	<input type="radio"/>
6	<p>DIE LINKE Jünemann, Dorothee Bienkowski, Mark Rehbein, Marita Dinter, Christian Ralf Drewes, Alexander</p>	DIE LINKE	<input type="radio"/>
7	<p>FREIE WÄHLER Klobuczynski, Christian Gier, Klaus Vierheller, Hans Georg Dörfler, Katharina Niemeyer, Gerhard</p>	FREIE WÄHLER	<input type="radio"/>

**Wir stellen daher den Antrag, den Beschlussvorschlag des
Kreisausschusses wie folgt zu ergänzen:**

6

**Der Kreisausschuss stellt dem Kreistag jährlich vor der
Sommerpause, die von ihm initiierten bzw. durchgeführten
Klimaschutzmaßnahmen vor.**

FW

Alternative für Deutschland

AfD-Fraktion im Kreistag des
Landkreises Waldeck-Frankenberg



AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg, Rosenstraße 4, 34513 Waldeck

An den Kreistagsvorsitzenden
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
Herr Rainer Hesse
Südring 2
34497 Korbach

30.05.2021



Große Anfrage gem. §17 der Geschäftsordnung zum Thema Klimaschutz

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch im Landkreis Waldeck-Frankenberg hat das Umweltthema "Klimaschutz" in den letzten Jahren signifikant an Bedeutung gewonnen. Der Kreistag hat bereits einige Anstrengungen unternommen, um dieses Thema aktiv voranzutreiben. Ein weiterer Antrag zur Verstärkung dieser Bemühungen wurde von Bündnis90/Die Grünen unter dem Titel: „Klimaschutz im Landkreis Waldeck-Frankenberg" am 17. Mai 2021 eingereicht. Dies zeigt unter anderem, dass dieses Thema dem Landkreis wichtig genug ist, um signifikante Ressourcen (Arbeitszeit, Finanzmittel) für Maßnahmen in diesem Bereich zur Verfügung zu stellen.

Als Oppositionsfraktion ist es in der parlamentarischen Arbeit unsere Aufgabe dies kritisch zu begleiten. Es geht um viel Steuergeld, welches zum Nutzen der Allgemeinheit eingesetzt werden soll. Zur kritischen Begleitung zählen wir auch das Hinterfragen von wissenschaftlichen Grundlagen für die dem Klimaschutz zu Grunde liegenden naturwissenschaftlichen Annahmen und Behauptungen (Axiome, Hypothesen). Erst durch gewissenhafte Prüfung mittels Fehlersuche, Falsifizierung oder Verifikation kann sicher gewährleistet werden, dass die auf Annahmen beruhenden Maßnahmen auch im Sinne des Anliegens wirklich wirksam sind.

Das Anliegen ist als sogenanntes "1,5°C Ziel", der maximalen Erhöhung der mittleren Durchschnittstemperatur der Erdatmosphäre um nicht mehr als 1,5°C in den kommenden Jahren, beschrieben und im Protokoll von Paris in Zusammenarbeit mit der UN-Organisation IPCC politisch so festgelegt worden. Eine der tragenden Hypothesen hierbei ist (u.a. gestützt auf Klimasimulationen des PIK Potsdam) die Annahme, dass bei weiter ungebremstem Anstieg der anthropogenen (menschgemachten) Kohlendioxid (CO₂)- Emissionen eine Erhöhung der mittleren Durchschnittstemperatur in der Erdatmosphäre von 2-5 °C erfolgt. Dieses wird weithin als sogenannter "menschgemachter Klimawandel" oder "globale Erwärmung" bezeichnet.

Um unserer Pflicht als Oppositionsfraktion und als gewählte Kreistagsabgeordnete nachkommen zu können, bitten wir zur Klärung der Sachlage um die Beantwortung folgender Fragen:

Fraktionsvorsitzender: Stefan Ginder
05634-994818 – stefan@ginder.de

stellv. Fraktionsvorsitzender: Hakola Dippel
0175-1600333 – hakola.dippel@afd-hessen.de

Alternative für Deutschland – AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg – Rosenstraße 4 – 34513 Waldeck-Sachsenhausen
Waldecker Bank – IBAN DE74 5236 0059 0000 3939 40 – BIC GENODEF1KBW

1. Wie definieren Sie in diesem Zusammenhang den Begriff „Klima“
2. Welches sind die Unterschiede zwischen „Wetter“, „Witterung“ und „Klima“?
3. Welche physikalischen Kenngrößen sind für das Wetter ausschlaggebend?
4. Wie entsteht „Wetter“?
5. Aus welchen gasförmigen Bestandteilen besteht die Luft unserer Atmosphäre?
6. Kohlenstoffdioxid (CO₂) ist z.Zt. mit etwa 0,04 % in der Luft enthalten; am Beginn regelmäßiger Messungen lag der Anteil bei ca. 0,028 %. Wer oder was hat die Vermehrung des CO₂ in der Luft bewirkt?
7. Von den Anhängern der These eines menschengemachten Klimawandels wird behauptet, dass in erster Linie menschliche Aktivitäten (insbesondere die Verbrennung von Kohle, Öl und Erdgas) zu der Steigerung beigetragen haben. Wie hoch (näherungsweise) ist der Anteil tatsächlich?
8. Wenn ca. 95% des emittierten CO₂ (siehe auch Frage 7) aus natürlichen Quellen stammen (Ozeane, Vulkane, Moore,...): Welche Wirkung entfalten dann Anstrengungen, den Ausstoß des menschengemachten CO₂ zu reduzieren?
9. Mit welchen Kosten ist dabei zu rechnen?
10. Warum werden dem CO₂ so schädliche Attribute (Klimakiller, Schadgas,...) zugewiesen?
11. Welche **positiven** Auswirkungen sind mit einem merkbaren CO₂-Anstieg zu verzeichnen? (Weltweit, aber auch in Deutschland und -falls möglich – auch auf den Landkreis heruntergebrochen)
12. Der sogenannte „Treibhauseffekt“ des CO₂ ist unter Wissenschaftlern sehr umstritten. Wie stark ist die sogenannte Klimasensitivität (d.h. die Steigerung der Lufttemperatur) bei einer Verdoppelung des CO₂ -Gehaltes? - eine Angabe ...von ...bis ... ist ausreichend, da hierzu die Berechnungen stark abweichen.
13. Wenn Deutschland bis zum Jahr 2050 seinen CO₂ -Ausstoß um 80 – 90 % gegenüber 1990 reduziert:
 - a. Welchem Anteil am weltweiten Ausstoß entspricht dies? (bitte in % und ppm).
 - b. Was muss im Landkreis passieren, damit auch hier eine Reduktion um 80 – 90 % erfolgen kann?
 - c. Welche Kosten entstehen dabei?
 - d. Wer trägt diese Kosten?
 - e. Durch welche Energieträger wird die fossile Energie im Primärenergiebereich (z.B. Heizen) dann ersetzt?
14. Sind die in der Antwort auf Frage 13 e angegebenen Energieträger in der Lage, eine Bevölkerung von 80 Millionen Menschen (oder hier im Landkreis: ca. 150.000 Menschen) zu angemessenen (geringen!) Preisen, sicher und umweltverträglich mit z.B. Wärme zu versorgen?
 - a. Wie wird das sichergestellt?
15. Was würde passieren, wenn man alle sogenannten „Klimaschutzmaßnahmen“ einstellen würde?
16. Wer bezahlt die sogenannten Klimaschutzmaßnahmen?
17. Allgemein: Wie geht ein Wissenschaftler vor, wenn er eine neue Hypothese auf ihren Wahrheitsgehalt untersucht?

Mit alternativen Grüßen

Stefan Pinder

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Wildunger Landstraße 1 · 34497 Korbach

An den Vorsitzenden
des Kreistages Waldeck - Frankenberg
Herrn Rainer Hesse
-Kreistagsbüro-
Südring 2
34497 Korbach

EINGEGANGEN am
17. Mai 2021
Fachdienst Kreisorgane,
Organisation, Vergaben und ÖPNV

**Kreistagsfraktion
Waldeck-Frankenberg**

**Daniel May, MdL
Fraktionsvorsitzender**

Geschäftsstelle
Wildunger Landstraße 1
34497 Korbach
Tel.: +49 (5631) 65 708
Fax: +49 (5631) 63 23 8
fraktion@gruene-waldeck-frankenber.de

Korbach, 16 Mai 2021

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Klimaschutz im Landkreis Waldeck-Frankenberg“
(nach § 9 Geschäftsordnung Kreistag)

Sehr geehrter Herr Hesse,

wir möchten Sie bitten, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistags zu setzen.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, seine Anstrengungen im Klimaschutz zu verstärken. Maßgabe für das Handeln des Kreisausschusses in allen Bereichen muss sein, im Rahmen seiner Zuständigkeiten und Möglichkeiten das so genannte 1,5° Ziel zu erreichen. Dazu strebt der Landkreis an, bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen.

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss insbesondere auf, folgende Maßnahmen für den Klimaschutz zu ergreifen:

1. Um unserer Verantwortung gerecht zu werden, die Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, muss der Landkreis als Eigentümer zahlreicher Gebäude hier beispielhaft vorangehen und dieses Ziel bei seiner Gebäudebewirtschaftung und Investitionsplanung berücksichtigen.
2. Bei eigenen Baumaßnahmen soll der Landkreis (Neubauten, wesentliche An- und Umbauten) primär mit Holzbauweise arbeiten. Das Holz soll dabei aus nachhaltiger Holzbauweise stammen. Bei Bauteilen, die nicht aus Holz erstellt werden können wie beispielsweise Gründungen und Bodenplatten, sollen Recyclingmaterialien verwendet werden.
3. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung soll eine Schulung im Bereich Energieeinsparung am Arbeitsplatz angeboten werden.
4. Der Energieverbrauch der Schulen ist Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften und weiterem schulischen Personal sichtbar zu machen. Fortbildungen über Möglichkeiten, wie Energieeinsatz

eingespart werden kann, sowie die Vereinbarung, dass 50% der eingesparten Kosten den Schulen zur Verfügung gestellt werden, haben sich andernorts bewährt.

5. Wegen der hohen Klimagasemissionen im Verkehrsbereich unterstreicht der Kreistag die Bedeutung eines attraktiven Öffentlichen Nahverkehrs und bittet den Kreisausschuss, die Taktung und Beschleunigung von ÖPNV-Verbindungen voranzubringen. Insbesondere die weitere Beschleunigung der bestehenden Bahnlinien und weitere Taktverdichtungen und die Reaktivierung der Bahnverbindung von Frankenberg ins Mittelzentrum Battenberg-Allendorf sind hierbei voranzubringen.
6. Bei den hessischen Verkehrsverbänden soll ein Angebot für ein hessenweites Landesticket, so wie es für Bedienstete des Landes Hessen besteht, eingeholt werden. Ziel ist, dass der Kreistag den nötigen Beschluss und die Finanzierung für einen Start in 2022 fassen kann.
7. Der Kreisausschuss wird gebeten, bei Carsharing-Anbietern für die Aufnahme unseres Landkreises in ihr Geschäftsfeld zu werben. Auch kommunale Dienstfahrzeuge könnten zum Carsharing angeboten werden, wie es beispielsweise in Kommunen im Landkreis Schwalm Eder erfolgt. Hier soll eine Kooperation mit den Kommunen im Landkreis angestrebt werden.
8. Neu anzuschaffende Dienstwagen der Kreisverwaltung sind generell solche mit reinem Elektroantrieb (keine Hybride). Gleiches gilt für geleaste Fahrzeuge, die zum nächst möglichen Termin in E-Autos gewechselt werden.
9. Bei wesentlichen Straßensanierungsmaßnahmen, die über eine reine Deckensanierung hinausgehen, wird im Regelfall ein baulich getrennter Radweg mit angelegt. Geplante Ausnahmen davon sind dem Umweltausschuss frühzeitig vorzulegen.
10. Der Landkreis unterstützt mit seinen Behörden die Bemühungen der Kommunen zur Ausweisung von innerörtlichen Tempolimits, Zebrastreifen und Maßnahmen zur Radverkehrsförderung.
11. Der Kreistag bekräftigt seinen Beschluss vom 21. September 2017, die Massentierhaltung zu begrenzen und eine Neuordnung der baurechtlichen Privilegierung einzufordern, da diese ein wesentlicher Emittent von Klimagasen ist.

Begründung:

Unser Planet ist vom Klimawandel, dem Verlust biologischer Vielfalt sowie durch Umweltverschmutzung bedroht. Die Bewahrung der Schöpfung und der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen für uns und nachkommende Generationen ist und bleibt eine der vordringlichsten Herausforderungen.

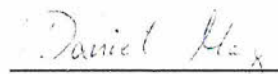
Obwohl die Problematik seit über 40 Jahren allgemein bekannt ist, steigt die CO₂-Konzentration weiter an, und die deutschen Emissionen sind weiterhin auf viel zu hohem Niveau.

Erst das richtungweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat auf Bundesebene dazu geführt, dass nun Klimaschutzziele für alle Bereiche nachgeschärft werden müssen.

Es hängt nun alles von der konkreten Umsetzung ab! Die alleinige Zieldefinition spart noch keine Tonne CO₂. Deshalb sind alle Ebenen zum schnellen und wirksamen Handeln aufgefordert. Alle Emissionsbereiche sind dabei einzubeziehen.

Die vorgenannten Maßnahmen stellen dazu lediglich einen Einstieg dar. Viele weitere Maßnahmen sind umzusetzen. Über weitere gute Vorschläge zum Klimaschutz von anderen Fraktionen in diesem Hause freuen wir uns und hoffen auf Mehrheiten dafür.

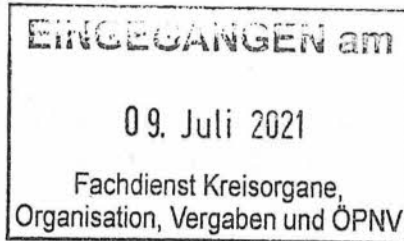
Mit freundlichen Grüßen



Daniel May
(Fraktionsvorsitzender)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Wildunger Landstraße 1 · 34497 Korbach

An den Vorsitzenden
des Kreistages Waldeck - Frankenberg
Herrn Rainer Hesse
-Kreistagsbüro-
Südring 2
34497 Korbach



**Kreistagsfraktion
Waldeck-Frankenberg**

**Daniel May, MdL
Fraktionsvorsitzender**

Geschäftsstelle
Wildunger Landstraße 1
34497 Korbach
Tel.: +49 (5631) 65 708
Fax: +49 (5631) 63 23 8
fraktion@gruene-waldeck-frankenber.de

Korbach, 8. Juli 2021

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Klimascheck beim Verwaltungshandeln des Landkreises Waldeck - Frankenberg“
(nach § 9 Geschäftsordnung Kreistag)

Sehr geehrter Herr Hesse,

wir möchten Sie bitten, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreistags im September zu setzen.

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landkreis Waldeck-Frankenberg berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.

Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ein Kästchen „Auswirkungen auf den Klima-, Umwelt- oder Artenschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ oder „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, negativ“ oder „Ja, positiv“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit der Fachabteilung mit dem Klimateam in einer Begründung dargestellt werden.

Begründung:

Unser Planet ist vom Klimawandel, dem Verlust biologischer Vielfalt sowie durch Umweltverschmutzung bedroht. Die Bewahrung der Schöpfung und der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen für uns und nachkommende Generationen ist und bleibt eine der vordringlichsten Herausforderungen.

Auch die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz verpflichtet uns zu schnellen und verstärkten Maßnahmen. Bis spätestens 2045 muss Deutschland klimaneutral sein. Die verbindlichen Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens sind nur noch mit energischem Handeln zu schaffen.

Viele Städte und Gemeinden prüfen ihr Verwaltungshandeln auf Auswirkungen auf den Klimaschutz. Umfangreiche Erfahrungen hierzu liegen vor und können übernommen werden. Das Deutsche Institut für Urbanistik und das Klima-Bündnis bieten Hilfestellungen an. Es hat sich gezeigt, dass etwa 60 % der Entscheidungen ohne Klimarelevanz sind. Relevant sind meist Vorhaben aus den Bereichen Beschaffung, Verkehr und Bau. Der Mehraufwand der Verwaltung bietet bessere Informationen sowohl für die Verwaltung selbst als auch für die Diskussion und Entscheidung in den Gremien, somit fallen fundierte Beschlüsse und der Klimaschutz wird gestärkt.

Bei Anwendung der Orientierungshilfe des Deutschen Städtetages und des Deutschen Instituts für Urbanistik kann die Menge der CO₂-Emission mit verfügbarer Software berechnet werden. Bei unter 10 Jahrestonnen erfolgt keine weitere Betrachtung. Ansonsten erfolgt durch den Vorlagenersteller eine Prüfung einer klimaschonenderen Umsetzungsalternative oder einer „Nullvariante“, beziehungsweise der Vorschlag einer „Freiwilligen CO₂-Kompensation“ nach den Empfehlungen des Umweltbundesamtes. Die frühzeitige Rückkopplung der jeweiligen Fachabteilung mit dem Klimateam hat sich als besonders zielführend herausgestellt.

Eine Schulung der Mitarbeiter in den Fachabteilungen und des Klimateams ist ratsam, um die jeweiligen Prüfungsgänge auf Klimarelevanz sachgerecht durchführen zu können. Zu diesen Schulungen könnten auch Kreistagsmitglieder eingeladen werden.

Mit freundlichen Grüßen


Daniel May
(Fraktionsvorsitzender)



**Kreistagsfraktion
Waldeck-Frankenberg**

AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg, Rosenstraße 4, 34513 Waldeck

An den Kreistagsvorsitzenden
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
Herr Rainer Hesse
Südring 2
34497 Korbach

25.08.2021

**Antrag nach § 9 Geschäftsordnung
Einführung einer Pflegefinder-App nach dem Vorbild des Rhein-Kreis Neuss**

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

wir bitten um Aufnahme unseres Antrages auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 20.09.2021.

Der Kreistag wolle beschließen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine Pflegefinder-App für Pflegebedürftige bzw. deren Angehörige zur Hilfestellung bei der Suche nach einem Kurzzeitpflegeplatz oder einer dauerhaften Langzeitpflege in Pflege- und Seniorenheimen, ambulanter oder Tagespflege einzurichten.

Begründung:

Eine gute Gesundheitsversorgung auf dem Land erfordert es, auch im Bereich der Pflege neue Wege zu gehen, um Potentiale nicht ungenutzt zu lassen.

Die Pflegefinder-App hat sich seit 2017 im Rhein-Kreis Neuss derart erfolgreich bewährt, dass das Land NRW die App nun seit mehr als einem Jahr flächendeckend im bevölkerungsreichsten Bundesland eingeführt hat.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit alternativen Grüßen

F D P – Fraktion

im Kreistag Waldeck-Frankenberg

Vorsitzenden des Kreistages
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
Herrn Hesse
Kreishaus
Südring 2
34497 Korbach



Korbach, den 26.08.2021

Antrag gem. § 9 der Geschäftsordnung des Kreistages

Neuorganisation der Wirtschaftsförderung in Waldeck-Frankenberg

Sehr geehrter Herr Hesse,
wir bitten um Aufnahme des o.g. Antrags auf die Tagesordnung der kommenden Kreistagsitzung im September 2021

Der Kreistag wolle beschließen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Wirtschaftsförderung und Regionalmanagement Waldeck-Frankenberg GmbH aus dem faktischen Verbund mit der Touristik Service Waldeck-Ederbergland GmbH zu lösen und als eigenständiges Unternehmen mit eigener Geschäftsführung und einer rechtssicheren Gesellschafterstruktur neu aufzustellen.

Begründung:

Die Wirtschaftsförderung wurde gegründet, um Ansprechpartner, Berater, Helfer und Begleiter für die heimische Wirtschaft zu sein. Diese Aufgabe hat sie seit 1999 über mehr als ein Jahrzehnt erfolgreich erfüllt. In den letzten Jahren ist durch verschiedene Umstände die aktive Arbeit der Wirtschaftsförderung deutlich verändert wahrnehmbar.

Die umfassende Veränderung der künftigen Wirtschaftslandschaft aufgrund externer Faktoren, wie Digitalisierung, Dekarbonisierung und Fachkräftemangel erfordert ein vorausschauendes Agieren auf politischer Seite und das Setzen der richtigen Impulse. Hierzu gehört einerseits die Unterstützung der vorhandenen Unternehmen bei der Weiterentwicklung aber auch das aktive Bemühen um die Ansiedlung neuer Unternehmen im Landkreis.

Diesen Umständen Rechnung zu tragen, ist Aufgabe des Kreises, welcher er mit der Wirtschaftsförderung in neuer Struktur nachkommen soll.

F D P – Fraktion

im Kreistag Waldeck-Frankenberg



Vorsitzenden des Kreistages
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
Herrn Hesse
Kreishaus
Südring 2
34497 Korbach

Korbach, den 26.08.2021

Sehr geehrter Herr Hesse,
wir bitten um Aufnahme des o.g. Antrags auf die Tagesordnung der kommenden Kreistagsitzung im September 2021

Der Kreistag wolle beschließen:

Digitalpakt beschleunigen – Schulen einbeziehen

Für die Schülerinnen und Schüler in unserem Landkreis ist die zügige Umsetzung des Digitalpaktes notwendiger denn je. Wichtig ist es dabei, klare Strukturen und Ansprechpartner für die Schulleiterinnen und Schulleiter von Seiten des Landkreises bereit zu stellen.

Der Kreisausschuss wird daher aufgefordert, einen runden Tisch mit den beteiligten Fachdiensten einzurichten, an dem die jeweiligen Schulleitungen projektbezogen hinzugezogen werden. Aus diesem runden Tisch heraus wird dann für die Schulleitung ein Ansprechpartner benannt, welcher alle Fragen schnell, unbürokratisch und aus einer Hand beantworten kann.

Darüber hinaus soll der Kreistag alle drei Monate über den Fortschritt der Umsetzung des Digitalpaktes schriftlich unterrichtet werden.

Begründung:

Seit Beginn der Corona-Pandemie sind die Versäumnisse in der Digitalisierung der Bildung offensichtlich geworden. Seitdem hat sich einiges zum Positiven verändert, aber es ist auch noch viel zu tun.

In der Vergangenheit hat sich dabei gezeigt, dass das Zusammenspiel der für die Schulen zuständigen Fachdienste nicht immer optimal funktioniert hat. In einem Runden Tisch sehen wir die Möglichkeit, neue Synergieeffekte zu erzielen, damit der Digitalpakt noch schneller umgesetzt werden kann.

Änderungsantrag zur Antrag der FDP zur Beschleunigung des Digitalpakts

Der Kreistag möge beschließen, den Antrag der FDP auf Einrichtung eines runden Tisches mit den beteiligten Fachdiensten wie folgt:

„Der Kreisausschuss wird daher aufgefordert, eine Koordinationsstelle für technische Schulausstattung und Digitalisierung beim Kreis zu schaffen, die verantwortlich ist für Kommunikation mit den Schulleitungen und internen oder externen Dienstleistern, und die auch die Beschaffung organisiert.

Die Zuständigkeit soll neben der Digitalisierung – vom Breitbandanschluss bis zu den Endgeräten und der Softwareauswahl sowie Organisation entsprechender Schulungen für Lehrer und Schüler – auch die Ausstattung der Schulen mit Kommunikations – und Klimatechnik umfassen.

Als organisatorische Lösung möchten wir einen kommunalen Eigenbetrieb nach § 127 HGO bzw. § 52 HKO anregen, um flexibel auf wechselnde fachliche Anforderungen reagieren zu können.

Darüber hinaus soll der Kreistag alle 3 Monate über den Fortschritt zur Umsetzung des Digitalpakts unterrichtet werden.“

Begründung:

Wenn Schulen selbständig einen Medienentwicklungsplan ausarbeiten, sind sie doch häufig mit ihren Kapazitäten überfordert, wenn es um die Umsetzung geht.

Digitale Anwendungen bedeuten Dateninhalte, Datenformate und Schnittstellen. Eine Vielfalt an Anwendungen für den gleichen Zweck bedeutet oft Probleme, wenn diese Anwendungen vernetzt werden sollen. Damit Schüler und nachfolgende Anwendungen in Ämtern und Behörden ebenfalls profitieren, muss hier mit Expertise und ganzheitlich vorgegangen werden. Daher soll die Zuständigkeit für die Auswahl der Anwendungen möglichst zentral gehalten bleiben.

Der Kreis ist als Schulträger verantwortlich für die Ausstattung der Schulen und sollte diese Verantwortung auch selbst wahrnehmen. Die Lehrer sollen sich um die Ausbildung der Schüler kümmern können und anstatt sich mit der Beschaffung komplexer digitaler Einrichtungen zu befassen. Nur gemeinsam ist man stark – mit der Organisation der Gemeinsamkeit kann der Kreis erheblich zur Beschleunigung der besseren Ausstattung der Schulen beitragen.





Kreistagsfraktion
Waldeck-Frankenberg

AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg, Rosenstraße 4, 34513 Waldeck

An den Kreistagsvorsitzenden
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
Herr Rainer Hesse
Südring 2
34497 Korbach

17.09.2021

Änderungsantrag nach § 12 Geschäftsordnung

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

wir bitten um Berücksichtigung unseres Änderungsantrages zum TOP 12 - Neufassung der Richtlinie zur Förderung der Radverkehrsinfrastruktur im Landkreis Waldeck-Frankenberg in der Kreistagssitzung am 20.09.2021.

Der Kreistag wolle beschließen:

Der Beschlussvorschlag unter Ziffer 2 wird wie folgt geändert:

1. Die Deckelung der Förderung bei Investiven Maßnahmen erfolgt bei 750.000 € und nicht bei 1.500.000 €.
2. Die Deckelung der Förderung bei Qualitätssicherungsmaßnahmen erfolgt bei 350.000 € und nicht bei 700.000 €.
3. Die Deckelung bei der Öffentlichkeitsarbeit erfolgt bei 25.000 € und nicht bei 50.000 €.

Begründung:

Als flächenmäßig größter Landkreis in Hessen mit einem dadurch bedingten, erheblichen Kreisstraßennetz mit einer Länge von rund 477 km investiert der Kreis lediglich etwa 6,8 Mio € in den Erhalt der Straßen.

Der vorgeschlagene Ansatz für die Förderung der Radverkehrsinfrastruktur i.H.v. insgesamt 2,3 Mio € ist aus unserer Sicht vor diesem Hintergrund deutlich zu hoch gewählt.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit alternativen Grüßen